



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 22. November 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Bei vier Schiffsunglücken ertrinken insgesamt 340 Menschen im Mittelmeer. Mehr als 4.500 Menschen sind dieses Jahr bereits auf dem Mittelmeer umgekommen. 2016 ist damit zum tödlichsten Jahr geworden.
<https://www.tagesschau.de/ausland/flucht-175.html> (17.11.16)
- Seit Dienstag bombardieren das syrische Regime und Russland Ost-Aleppo wieder verstärkt, wieder soll Giftgas eingesetzt worden sein, vier Kinder und ihre Eltern starben. Insgesamt wurden 103 Zivilist*innen seit dem vergangenen Dienstag getötet. Laut UN-Berichten ist kein Krankenhaus in Aleppo mehr funktionstüchtig, die Beobachtungsstelle für Menschenrechte in Syrien tätigt eine andere die Aussage und geht nach wie vor von einsatzbereiten Krankenhäusern aus, zu denen sich die Menschen aber nicht mehr trauen würden. In Ost-Aleppo leben noch etwa 250.000 Menschen.
<https://www.taz.de/Luftangriffe-auf-Ost-Aleppo!/5358925/> (19.11.16)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-kinder-bei-fassbomben-angriff-auf-aleppo-getoetet-a-1122197.html> (20.11.16)
- Der designierte US-Präsident Donald Trump kündigt an, bis zu drei Millionen Menschen aus den Vereinigten Staaten abzuschicken. Elf Millionen sind es insgesamt, die sich ohne Papiere in den USA aufhalten.
<http://www.tagesschau.de/ausland/trump-migranten-101.html> (13.11.16)

Bund, Land, Kommune

- In diesem Jahr wurden bis Ende September 19.914 Menschen abgeschoben, bis zum Ende des Jahres könnte die Zahl auf 26.500 Abgeschobene steigen. Damit würde der bisherige Höchststand von 2003 erreicht werden. Fast drei Viertel aller Abgeschobenen kommen aus den als „Sichere Herkunftsstaaten“ eingestuften Ländern des Westbalkans.
<http://www.rp-online.de/politik/hoechste-zahl-an-abschiebungen-seit-2003-erwartet-aid-1.6404208> (18.11.16)
- Etwa 12.500 Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft sind vollziehbar ausreisepflichtig, gut 11.500 von ihnen sind aber geduldet. Die Bundesregierung will dennoch, dass Abschiebungen nach Afghanistan erfolgen, mit der afghanischen Regierung wurde Anfang

Oktober ein Abkommen abgeschlossen, durch welches Reisedokumente schneller ausgestellt werden können. Grund ist, das nach Ansicht der Bundesregierung die Menschen in urbane Zentren fliehen beziehungsweise „konstant ausreichend sichere“ Regionen aufsuchen könnten. Problematisch daran ist, dass sich die durch das Bundesinnenministerium kürzlich geänderten Herkunftsländerleitsätze auf zwei Jahre alte Berichte berufen und zudem den BAMF-internen Einschätzungen widersprechen.

Nur hat sich die Sicherheitslage insbesondere in diesem Jahr verschärft. Das urbane Zentrum Masar-i-Sharif wurde vorvergangene Woche zum Ziel eines Anschlags, in der Hauptstadt Kabul starben am Mittwoch vergangener Woche sechs Menschen durch ein Selbstmordattentat, im ersten Halbjahr 2016 wurden laut der UN-Mission für Afghanistan 1.601 Menschen zu Opfern des Bürgerkriegs im Land, 3.565 wurden verletzt. Diese Zahlen sind die Höchsten seit Beginn des Konflikts im Jahr 2009.

Gleichzeitig werde politisch Druck auf die BAMF-Entscheider*innen ausgeübt, die Anerkennungsquote für Menschen aus Afghanistan niedrig zu halten. Die *Zeit* zitiert einen Mitarbeiter mit den Worten „Jeder Asylentscheid, der von den Vorgaben der Leitsätze abweicht, muss dem Vorgesetzten vorgelegt werden. Wenn man einem männlichen, alleinstehenden Afghanen subsidiären Schutz gewähren will, muss man schon mutig sein.“ Eine weitere Methode ist es, abgelehnte Asylbescheide mittels der „beachtlichen Wahrscheinlichkeit“ zu begründen, heißt, mit der Anzahl der Todesopfer pro Einwohner*innenzahl. Wenn sie bei 0,125 liege, also ein Opfer auf 800 Einwohner*innen, dann sei von keiner Gefährdung auszugehen, urteilte das Bundesverwaltungsgericht. Momentan liege die Quote bei 0,074% in Afghanistan. Das Bundesinnenministerium will hierzu keine Zahl nennen. Tatsächlich war einmal eine Sterbewahrscheinlichkeit von mehr als 50% als „beachtliche Wahrscheinlichkeit“ definiert, diese Zahl gilt aber heute nicht mehr in ihrer Absolutheit. Die *Zeit* hat zum Vergleich die Sterbewahrscheinlichkeit für Zivilist*innen in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges errechnet: diese lag bei 0,3%. Einige Menschen haben offenbar eine beängstigende Vorstellungskraft, wie 50% Sterbewahrscheinlichkeit zu erreichen sind.

Zwei weitere Widersprüche des Bundesinnenministeriums:

- Das mit der „beachtlichen Wahrscheinlichkeit“ sei ja gar nicht so gemeint, es würden auch andere Faktoren wie die medizinische Versorgungslage berücksichtigt. Bloß wenn dem der Fall wäre, dürfte die Anerkennungsquote steigen, das BAMF geht von einer unzureichenden medizinischen Versorgung aus, Krankheiten seien nur eingeschränkt behandelbar.
- Es wird von jungen, alleinstehenden Männern erwartet, sie sollten in die angeblich sicheren Städte ziehen. Das BAMF geht aber davon aus, dass es außerhalb des Familienverbands in Afghanistan kaum eine Chance auf eine selbstständige Existenz gebe.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/asylpolitik-mehr-als-12-500-afghanen-ausreisepflichtig/14856932.html> (17.11.16)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/afghanistan-bamf-asyl-abschiebung-gefahr-innenministerium> (17.11.16)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-bundesregierung-will-mehr-afghanen-abschieben-1.3253956> (18.11.16)

- Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst fordert eine sorgfältigere Asylgesetzgebung von der Bundesregierung. Das Hin und Her beim Familiennachzug sei in den Konsequenzen für die Geflüchteten kaum vorstellbar, die Asylverfahren würden inzwischen oberflächlich geführt, BAMF und Verwaltungsgerichte setzten sich kaum noch mit der Situation der Betroffenen auseinander. Kritik äußerte der Dienst auch an der Afrika-Politik, anstatt auf faire Handelsverträge zu setzen, würden bilaterale Abkommen mit Diktatoren zur Rücknahme Geflüchteter abgeschlossen.

<http://www.migazin.de/2016/11/15/falsche-afrika-politik-europas-jesuiten/> (15.11.16)

- 18 versuchte Morde mit rechtsradikaler Motivation hat es seit Januar 2015 gegeben,

zumindest geht das aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei hervor. Ob dies alle Fälle sind, ist aber nicht sicher, denn ein Mordversuch der „Gruppe Freital“ taucht dort nicht auf. Begründet wird dies damit, dass der strafrechtliche Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung offenbar schwerer wiegt als die Anklage auf Mordversuch. Deswegen ist das Bundesinnenministerium der Auffassung, es müsse diesen Mordversuch nicht auflisten. Die *Berliner Zeitung* nennt das „nicht plausibel“. <http://www.berliner-zeitung.de/politik/meinung/kommentar-zum-rechtsextremismus-ein-mord--der-unter-den-tisch-faellt-25095688> (14.11.16)

- Die AfD erreicht in der jüngsten infratest-dimap-Umfrage, in Auftrag gegeben vom *MDR*, 25%, gleichzeitig trauen der Partei gerade einmal 7% zu, Probleme lösen zu können. Die momentane Koalition aus CDU und SPD könnte keine eigene Mehrheit mehr erreichen. Neben der AfD gewinnen lediglich die Grünen. <http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/dimap-polittrend-laender-mitteldeutschland-100.html> (22.11.16)

Hintergrund und Meinung

- Ein Porträt der *Zeit* über den Landesvorsitzenden der Grünen, Jürgen Kasek, und die ambivalente Rolle die er in Sachsen spielt und sein Verhältnis zu dieser. <http://www.zeit.de/2016/48/juergen-kasek-die-gruenen-sachsen-legida> (17.11.16)
- Europäer*innen bräuchten sich gar nicht so sehr über die Pläne des designierten US-Präsidenten Donald Trump, eine Mauer nach Mexiko zu bauen, echauffieren. Das Mittelmeer sei die Mauer Europas und in dem Sinne ein „Glücksfall“. Mindestens schon vor zehn Jahren wurde am Sterben im Mittelmeer Kritik laut, dies wurde abgetan. <https://www.taz.de/!5355142/> (20.11.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe